



Presseschau vom 27.08.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

Andreas Peter: EU-Verteidigungsminister in Berlin – Fühlen uns nicht für den Putsch in Mali verantwortlich

Die Verteidigungsminister der 27 EU-Staaten haben sich in der deutschen Hauptstadt Berlin zu einem Arbeitstreffen versammelt. Deutschland hat gegenwärtig die Ratspräsidentschaft inne. Bei den Gesprächen dominierten der Putsch in Mali und der Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei in den Gewässern vor Zypern. ...

<https://sptnkne.ws/D2QR>

Anton Latzo: Belarus – Hintergründe und Tatsachen

Die Sowjetunion war und Russland ist in den Konzepten amerikanischer Geopolitiker der entscheidende Faktor auf dem europäischen Schachbrett. Die Ereignisse der letzten Zeit in der Republik Belarus stellen eine Fortsetzung des verdeckten Krieges gegen Russland dar. ...

<https://de.rt.com/29qx>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: „Warnung an USA“: China schießt zwei Mittelstreckenraketen ins Südchinesische Meer

Chinas Militär hat zwei Mittelstreckenraketen in das umstrittene Südchinesische Meer geschossen, welche Angaben zufolge als Warnung an die USA gedacht waren. Das berichtete

eine dem chinesischen Militär nahestehende Quelle der Hongkonger Zeitung „South China Morning Post“.

Die Raketen seien am Mittwoch von den Provinzen Qinghai und Zhejiang abgefeuert worden und in einem Seegebiet gelandet, das von Montag bis Samstag für Manöver gesperrt gewesen sei. Das Blatt sprach von einer „Warnung an die USA“.

Nach Angaben der Zeitung wurde eine nuklear bestückbare Mittelstreckenrakete vom Typ DF-26B mit einer Reichweite von 4000 Kilometer eingesetzt wie auch eine fortschrittliche Anti-Schiffs-Rakete vom Typ DF-21D mit einer Reichweite von 1800 Kilometern. Beide Raketen landeten nach Angaben der Zeitung in einem Gebiet südöstlich der chinesischen Insel Hainan sowie der Paracel-Inseln.

Die ungewöhnliche Demonstration militärischer Stärke folgte auf einen Zwischenfall mit einem amerikanischen Aufklärungsflugzeug, den Chinas Militär als „schwere Provokation“ wertete.

China erhebt Territorialansprüche über weite Teile des strategisch wichtigen Südchinesischen Meeres. Der Internationale Schiedsgerichtshof in Den Haag wies die Gebietsansprüche 2016 aber zurück. China ignoriert das Urteil.

de.sputniknews.com: **„Haben viel investiert“: EU hält trotz Militärputsches an Mali-Einsatz fest**

Die EU will die Ausbildung von Sicherheitskräften in Mali trotz des Militärputsches fortführen. Die derzeit ausgesetzten Einsätze in dem westafrikanischen Land sollten laut dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell so schnell wie möglich wieder aufgenommen werden. Die EU habe in Mali viel investiert und wolle dies nicht aufs Spiel setzen, sagte Borrell am Mittwochabend, nach einem Verteidigungsministertreffen in Berlin.

Auch Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer sagte, man sei sich einig, dass man das Engagement in Mali weiter als wichtig ansehe. Man fordere allerdings die Putschisten auf, schnellstmöglich den Transformationsprozess zu starten und schnellstmöglich den Weg für Neuwahlen und die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung freizumachen.

Kramp-Karrenbauer bestätigte zudem, dass „einige der führenden Köpfe der Putschisten auch Ausbildung in Deutschland und in Frankreich genossen haben“. Borrell betonte hingegen, dass die Anführer von Russland, den USA und Großbritannien ausgebildet worden seien. Aufständische Militärs hatten in Mali in der vergangenen Woche Präsident Ibrahim Boubacar Keïta zum Rücktritt gezwungen. Sie kündigten die Bildung eines Übergangskomitees an, das demnächst Wahlen abhalten solle.

Die militärische EU-Ausbildungsmission in Mali (EUTM Mali) war 2013 gestartet worden, nachdem der Norden des Landes 2012 nach einem Militärputsch vorübergehend in die Hände islamistischer und anderer Rebellengruppen geraten war. Deutschland stellt dafür bis zu 450 Soldaten, zuletzt waren wegen der Corona-Krise allerdings nur noch rund 70 vor Ort. Der Einsatz war bereits vor dem Putsch wegen der Pandemie so gut wie ausgesetzt gewesen. Zudem gibt es noch einen Einsatz zur Ausbildung und Beratung von Polizei, Nationalgarde und Gendarmerie (EUCAP Sahel Mali) sowie einen Militäreinsatz der Vereinten Nationen, an dem Deutschland und andere EU-Staaten ebenfalls beteiligt sind.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/1a/327805817_0:0:3123:1690_1000x0_80_0_1_26a5249dd08978bf598340b77d168831.jpg

de.sputniknews.com: **Fall Nawalny: Putin spricht von „Interesse an gründlicher und objektiver Untersuchung“**

Die voreiligen und unbegründeten Anschuldigungen im Zusammenhang mit der Situation um den Kreml-Kritiker Alexej Nawalny sind laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin unzulässig.

Dieses Thema wurde bei einem Telefongespräch zwischen Putin und dem italienischen Premierminister Giuseppe Conte angesprochen.

„Die russische Seite betonte die Unzulässigkeit voreiliger und unbegründeter Anschuldigungen in dieser Hinsicht und das Interesse an einer gründlichen und objektiven Untersuchung aller Umstände des Vorfalls“, heißt es in einer offiziellen Erklärung.

Die Ärzte des Omsker Krankenhauses, auf dessen Intensivstation Nawalny zuerst eingeliefert wurde, teilten der russischen Zeitung „Kommersant“ mit, welche Tests an ihm durchgeführt wurden.

Wie eine Quelle gegenüber der Zeitung sagte, wurde Nawalny während seines Krankenhausaufenthaltes acht biochemischen Blutuntersuchungen, elf Untersuchungen des Säure-Base-Haushalts, sechs allgemeinen Blutuntersuchungen, fünf Elektrokardiogrammen, 25 Glukosetests und vier allgemeinen Urintests unterzogen.

Die Zeitung weist auch darauf hin, dass das Flugzeug um 8:40 Uhr (Ortszeit) eine Notlandung machte und die Ärzte bereits um 9:10 Uhr begannen, Nawalny wiederzubeleben. Es wird auch bemerkt, dass Kollegen aus Moskau angereist waren, um den örtlichen Ärzten zu helfen. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/15/327769104_0:124:3072:1786_1000x0_80_0_1_4847053a90db8e39d7574f623bc01498.jpg

de.sputniknews.com: **Vorfall zwischen russischen und US-Soldaten in Syrien: Pentagon kontaktiert Moskau**

Der russische Generalstabschef Waleri Gerassimow hat am Mittwoch mit seinem US-amerikanischen Kollegen Mark Milley, dem Vorsitzenden des Vereinigten Generalstabs der US-Streitkräfte, ein Telefongespräch bezüglich des jüngsten Vorfalles im Nordosten Syriens geführt.

„Gemäß der früher beschlossenen Praxis haben die beiden sich dafür entschieden, die Einzelheiten des Gesprächs geheim zu halten“, hieß es in einer Erklärung des Pressedienstes des Pentagons.

Zuvor hatte es Medienberichten zufolge einen Zwischenfall zwischen einem russischen Militärkonvoi und US-amerikanischen Soldaten im Nordosten Syriens gegeben. Als Folge sollen vier US-Soldaten Verletzungen erlitten haben.

Die US-Zeitung „Politico“ beruft sich dabei auf eine noch unveröffentlichte Pentagon-Erklärung sowie auf eine informierte Quelle. In der Erklärung des US-Verteidigungsministeriums soll es heißen, ein russisches Militärfahrzeug habe ein Auto der US-angeführten Anti-IS-Koalition „absichtlich gerammt“. Offiziell sind diese Informationen bislang nicht bestätigt worden.

Eine Quelle, die dem Verteidigungsministerium in Moskau nahesteht, teilte gegenüber der Zeitung „Wedomosti“ mit, dass es bei einem „Wettlauf der Militärpatrouillen“ russischer und US-amerikanischer Streitkräfte in Syrien zu einem Zusammenstoß von zwei gepanzerten Militärfahrzeugen gekommen sei. Dabei hätten Soldaten beider Länder leichte Verletzungen erlitten.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/12/327737176_0:52:1280:744_1000x0_80_0_1_c6a0ff5bba7a7b40b1f147e20ac7eb02.jpg

vormittags:

de.sputniknews.com: **„Grundlose Vorwürfe“: Botschafter kommentiert US-Sanktionen gegen russische Forschungsinstitute**

Der russische Botschafter in Washington, Anatoli Antonow, hat sich zur jüngsten Entscheidung vom Bureau of Industry and Security (BIS) des amerikanischen Handelsministeriums geäußert, wonach fünf russische Forschungsinstitute auf der „Entity List“ angeführt wurden.

„Ja, wir haben natürlich dieser Benachrichtigung der amerikanischen Behörde unsere Aufmerksamkeit geschenkt. Sie scheint uns verwirrend“, so Antonow.

„Zumal keine Beweise vorgelegt wurden. Es werden bekannte vage Begriffe wie ‚Es gibt einen angemessenen Grund zu der Annahme‘ verwendet.“

Dabei betonte der Botschafter, dass die USA jene Tatsache ignoriert hätten, dass die

internationale Gemeinschaft, die durch die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) vertreten wird, bereits im Jahr 2017 bestätigt habe, dass Russland die Verpflichtungen über die Vernichtung von C-Waffen-Vorräten zur Gänze erfüllt hatte.

„Wir möchten von unseren Kollegen Erklärungen zu den grundlosen Vorwürfen“, fuhr er fort. Derzeit würden nur die Vereinigten Staaten signifikante Chemiewaffenbestände besitzen und deren Vernichtung „unter unterschiedlichen Vorwänden“ verzögern.

„Wir rufen die amerikanische Seite dazu auf, Probleme nicht dort zu suchen, wo es sie nicht gibt, und ihr Bestes zu geben, um so schnell wie möglich eine chemische Entmilitarisierung zu erreichen.“

Die USA hatten am Mittwoch Sanktionen gegen fünf russische Forschungsinstitute verkündet. Betroffen sind das 33. Zentrale Forschungsinstitut des russischen Verteidigungsministeriums in der Region Samara, das 48. Zentrale Forschungsinstitut des Verteidigungsministeriums (Sergijew Possad im Moskauer Gebiet) sowie seine Filialen in Kirow und Jekterinburg und das Staatliche Forschungsinstitut für organische Chemie und Technologien (GosNIIOKhT). Laut dem BIS-Dokument sollen das 33. Zentrale Forschungsinstitut und GosNIIOKhT mit C-Waffen-Tests verbunden sein. Das 48. Zentrale Forschungsinstitut, das sich an der Entwicklung eines Corona-Impfstoffes beteiligt hat, soll aus US-Sicht mit dem Programm der Entwicklung von biologischen Waffen im Zusammenhang gestanden haben.

Die sogenannte „Entity List“ ist eine schwarze Liste von Organisationen und Unternehmen, mit denen amerikanische Unternehmen keine Handelsbeziehungen haben dürfen.

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZK: Am 26. Augst 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.sputniknews.com: USA antworten auf Chinas „Raketen-Warnung“

Die Vereinigten Staaten haben auf die jüngsten Ratenstarts Chinas reagiert. Laut dem US-Sonderbeauftragten für Abrüstungsfragen, Marshall Billingslea, lässt sich Washington damit nicht einschüchtern.

„Wenn China glaubt, dass der Abschuss ballistischer Raketen die Vereinigten Staaten und unsere Verbündeten irgendwie einschüchtern wird, dann irrt es sich zutiefst“, schrieb Billingslea am Donnerstag auf Twitter und legte einen Beitrag der Zeitung „South China Morning Post“ vom Mittwoch bei, in dem berichtet wurde, dass China zwei ballistische Raketen im Südchinesischen Meer „als Warnung an die USA“ gestartet hat.

Die beiden Raketen sind laut der Zeitung in einer fürs militärische Manöver geschlossenen Zone gelandet. Laut einem Sprecher, auf den sich die Zeitung beruft, reagierte Peking mit dem Raketenstart auf „potenzielle Risiken“, die „wegen der immer öfter registrierten Präsenz der US-Militärflugzeuge und Schiffe im Südchinesischen Meer entstehen“.

Laut dem chinesischen Verteidigungsministerium war am Dienstag ein US-Aufklärungsflugzeug U-2 in die für Flüge gesperrte Zone eingedrungen, wo im Rahmen der Übungen scharfe Munition abgefeuert wurde. China warf den USA Provokation vor. Die US-Aktivitäten können dem chinesischen Verteidigungsministerium zufolge leicht zu Missverständnissen führen und sogar zu Zwischenfällen in der Luft oder auf dem Meer beitragen.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/15/327766172_0:230:3359:2047_1000x080_0_1_99045e2219e8dc04b880ddff09acafdd.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 26. August 3:00 Uhr bis 27. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung festgestellt.

Gleichzeitig wurden folgende Fälle von Verletzungen der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden Regimes der Feuereinstellung festgestellt: Um 7:35 Uhr wurde die Durchführung von technischen Arbeiten auf den Positionen der BFU in der Nähe von Lebendinskoje registriert.

Um 11:45 Uhr wurde die Durchführung von technischen Arbeiten auf den Positionen der BFU in der Nähe von Majorsk festgestellt.

Um 11:55 Uhr wurde die Durchführung von technischen Arbeiten auf den Positionen der BFU in der Nähe von Schumy registriert.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Verdacht auf Spionage zugunsten der Ukraine: FSB nimmt Militärangehörigen in Sibirien fest

Der russische Inlandsgeheimdienst FSB hat in Sibirien einen Militärangehörigen festgenommen, der laut Behördenangaben geheime Informationen gesammelt und an die Hauptverwaltung für Aufklärung des ukrainischen Verteidigungsministeriums übergeben haben soll.

Die Festnahme erfolgte laut der entsprechenden FSB-Mitteilung in der Stadt Barnaul im Süden Westsibiriens.

Bei dem Festgenommenen handle es sich um einen Militär der strategischen Raketentruppen. Er soll als Staatsgeheimnis eingestufte Informationen gesammelt und diese an die Hauptverwaltung für Aufklärung des ukrainischen Verteidigungsministeriums übergeben haben.

Eingeleitet wurde das Strafverfahren unter dem Vorwurf des Landesverrats. Der Militärangehörige wurde inhaftiert. Derzeit wird ermittelt.

Es gibt keine weiteren Details. Dem Militär drohen Medienberichten zufolge bis zu 20 Jahre Haft.

Ende Juli hatte der FSB mitgeteilt, dass in Sewastopol ein Militärangehöriger der

Schwarzmeerflotte festgenommen worden sei, der geheime Informationen für die Hauptverwaltung für Aufklärung des ukrainischen Verteidigungsministeriums gesammelt haben soll.

Lug-info.com: In der LVR sind am 26. August um 9:00 Uhr 655 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

Davon wurden bisher 609 Personen nach zweifachen negativen Tests als gesund entlassen. Seit Beginn der Pandemie gab es 17 Todesfälle.

de.sputniknews.com: Vorfall mit US-Soldaten in Syrien: Russland informierte im Voraus über Route seines Militärkonvois

Der russische Generalstabschef Waleri Gerassimow hat bei einem Telefonat mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen Mark Milley den jüngsten Zwischenfall unter Beteiligung von Militärs beider Länder in Syrien besprochen.

Laut Gerassimow wurde die US-geführte internationale Anti-Terror-Koalition im Voraus über die Route des russischen Militärkonvois informiert.

Das Portal „Rusvesna“ veröffentlichte auf YouTube ein Video, das den Vorfall zeigt.

„Der Generalstabschef der russischen Streitkräfte, Armeegeneral Waleri Gerassimow, hat die Aufmerksamkeit der US-amerikanischen Seite darauf gelenkt, dass das Kommando der Internationalen Anti-Terror-Koalition in Übereinstimmung mit der geltenden Ordnung im Voraus über die Route des Konvois der russischen Militärpolizei benachrichtigt worden war“, heißt es in einer Mitteilung.

„Trotzdem haben US-Soldaten unter Verletzung der geltenden Vereinbarungen versucht, die russische Patrouille zu blockieren. Als Reaktion hat die Militärpolizei der russischen Streitkräfte die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um einen Zwischenfall zu verhindern und um die Erfüllung der Aufgabe fortsetzen zu können“, heißt es in der Mitteilung.

Zuvor hatte der Sprecher des US-amerikanischen Sicherheitsrates, John Ullyot, den russischen Militärs vorgeworfen, gegen die Regeln zur Verhinderung von Zwischenfällen in Syrien verstoßen zu haben. Ihm zufolge hat ein russisches Militärfahrzeug ein gepanzertes Auto der Koalition gerammt, was „zu Verletzungen der Besatzungsmitglieder, die sich im Wagen befanden, geführt hat“.

Laut Medienberichten hat sich der Zwischenfall zwischen dem russischen Militärkonvoi und US-amerikanischen Soldaten im Nordosten Syriens ereignet. Als Folge sollen vier US-Soldaten Verletzungen erlitten haben.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/gDyfp3FGpaA" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/gDyfp3FGpaA>

Mzdnr.ru: Am 26. August wurden in der DVR 46 neue Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.

Von den neuen Fällen, wurden vier bei aus der Ukraine eingereisten Personen festgestellt. Außerdem gab es einen Todesfall – ein Mann im Alter von 60 Jahren.

Am 27. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 2446 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

1122 Patienten sind derzeit in Behandlung, 1188 als gesund entlassen, es gibt 136 Todesfälle. Zum Stand am 27. August wurden Coronavirusinfektionen bei 123 Personen, die seit dem 25. Juni 2020 aus der Ukraine eingereist sind, entdeckt. Alle infizierten Patienten wurden in spezialisierte Einrichtungen des Gesundheitswesens der Republik eingewiesen und werden kostenlos behandelt.

ukrinform.de: **Vizepremier: Derzeit keine Bedingungen für Wahlen in "Volksrepubliken"**

Der Vizepremierminister und Minister für Reintegration der besetzten Gebiete Olexij Resnikow glaubt, dass die Wahlen in den einzelnen Gebieten in den Regionen Donezk und Luhansk durchgeführt werden müssen, aber derzeit gebe es keine Bedingungen dafür. Wie ein Korrespondent von Ukrinform berichtet, sagte der Beamte dies Journalisten nach einer Sitzung des Ausschusses der Werchowyna Rada (Parlament - Red.) zur Organisation der staatlichen Macht, lokaler Verwaltung, regionaler Entwicklung und Städtebau. „Meine Haltung: Man muss Wahlen in den so genannten ‚Volksrepubliken‘ Donezk und Luhansk nach dem Abzug ausländischer Truppen, nach der Abrüstung, der Entmilitarisierung, dem Abzug aller illegalen bewaffneten Gruppen, nachdem eine verfassungsmäßige Ordnung hergestellt ist, abhalten, sagte Resnikow. Ihm zufolge würde dieses ermöglichen, eine Überwachungsmission der OSZE zu bekommen, um zu bezeugen, dass die Wahlen dort gemäß den Gesetzen und der Verfassung der Ukraine, nach den Kopenhagener Kriterien und unter Wahrung der Wahlfreiheit stattfinden. Aber jetzt, so Resnikow, sei das unmöglich sicherzustellen.



https://static.ukrinform.com/photos/2019_12/thumb_files/630_360_1576095027-621.jpg

Lug-info.com: In der LVR ist der 98. Konvoi des Zivilschutzministeriums Russlands mit humanitärer Hilfe für die Einwohner des Donbass eingetroffen. Mit vier Lastwagen trafen 58 Tonnen Medikamente und medizinisches Material ein.

rusvesna.su: **Der belarussische Außenminister versammelte die Botschafter der EU-Länder zu einem geschlossenen Treffen – Quellen**

Der belarussische Außenminister Wladimir Makei versammelte die Botschafter der EU-Länder zu einem geschlossenen Treffen. Informierte Quellen berichten das das Treffen derzeit stattfindet.

„Das Treffen ist geschlossen und findet auf Initiative des Außenministeriums (Weißrusslands – Red.) statt. Wie es in diplomatischen Kreisen heißt, haben die europäischen Botschafter lange darum gebeten, ein Treffen mit Wladimir Makei zu organisieren, um die Situation im Land zu erörtern“, schreibt das belarussische Portal Tut.by.

Inoffiziellen Daten zufolge sind alle in Belarus akkreditierten Botschafter der EU-Länder bei dem Treffen anwesend.

Dan-news.info: Mit dem humanitären Konvoi des Zivilschutzministeriums der RF sind mehr als 60 Tonnen humanitäre Güter in der DVR eingetroffen, teilte das Zivilschutzministerium der DVR mit.

Darunter sind Medikamente und medizinisches Material sowie zielgerichtete Hilfe für Einrichtungen des Gesundheitsministeriums der DVR.

Die Verteilung wird auf Sitzung des staatlichen Kommission gemäß den Anträgen der örtlichen Verwaltung erfolgen.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Putin: Einsatz russischer Armee in Weißrussland derzeit unnötig**
Russlands Präsident Wladimir Putin sieht derzeit keine Notwendigkeit, russische Streitkräfte nach Weißrussland zu schicken. Das sagte er in einem Interview mit dem TV-Sender Rossiya 1 am Donnerstag.

Minsk sei damit einverstanden, fügte er hinzu.

Die Lage in Weißrussland stabilisiere sich, die Polizei agiere zurückhaltend genug, sagte Putin. Er betonte, dass Moskau neutraler als die Europäer und Amerikaner auf die Ereignisse in Weißrussland reagiere.

Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko habe Moskau gebeten, eine Reserve aus Polizeibeamten zu bilden.

„Und ich habe das getan. Wir haben aber vereinbart, dass diese Reserve nicht genutzt wird, solange die Situation nicht außer Kontrolle gerät“, erklärte Putin.

Dabei betonte er, dass Russland auf eine friedliche Lösung der weißrussischen Probleme hofft. ...

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 27.08.2020**

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine nach Angaben von Beobachtern der DVR im GZKK **dreimal die Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feueereinstellung verletzt**. In den Gebieten von drei Ortschaften wurden Fälle von Durchführung technischer Arbeiten festgestellt.

Gestern haben Kämpfer der BFU die Verpflichtungen, die die ukrainische Führung übernommen hat ignoriert und weiter den ersten Punkt der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Waffenstillstands verletzt und technische Arbeiten auf den Positionen des 137. Bataillons der 35. Brigade in den Gebieten von Schumy und Majorsk, sowie des 501 Bataillons der 36. Brigade in Lebedinskoje fortgesetzt.

Die Verteidiger der Republik sind auf diese Provokationen nicht eingegangen, haben das Feuer nicht eröffnet, den Gegner beobachtet und streng das Regime der Feueereinstellung eingehalten.

Feuerprovokationen von Seiten der ukrainischen Kämpfer wurden nicht festgestellt.

Ich merke an, dass seit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feueereinstellung wir im Zeitraum vom 27. Juli bis 27. August 2020 89 Verstöße von Seiten der BFU festgestellt haben, Opfer unter der friedlichen Bevölkerung und den Soldaten konnten vermieden werden. Dank dem geltenden Waffenstillstands setzt die Regierung der Republik den Wiederaufbau sozial bedeutsamer Objekte und von Häusern, die in der Folge der ukrainischen Aggression beschädigt wurden, fort.

Im Zusammenhang mit den zunehmenden Fällen, dass Beobachter der OSZE-Mission Waffen der ukrainischen Streitkräfte im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ feststellen, hat das Kommando der 79. und der 36. Brigade die **Durchführung von Maßnahmen zur Tarnung der verbotenen Technik**, die in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern stationiert ist, verstärkt, um deren Identifizierung durch Mitarbeiter der OSZE zu verhindern. So gefährdet das ukrainische Kommando bewusst Leben und Gesundheit örtlicher Einwohner.

Beim Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ General Sokolow sind bereits mehrfach Beschwerden von Einwohnern eingegangen mit der Forderung, die Militärtechnik, deren Stationierung zur Vernichtung von Feldern und Straßen führt, aus den Ortschaften abzuziehen.

Wir rufen die Bürger auf, die auf dem zeitweilig von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium leben und die Opfer der Willkür der Truppen geworden sind, über alle Fälle von rechtswidrigen Handlungen ukrainischer Soldaten Vertreter der OSZE- und der UN-Mission zu informieren sowie die Hotline der Generalstaatsanwaltschaft der DVR.

Im Zusammenhang mit der **Informationen über groß angelegte Diebstähle von Waffen und Munition** im 501. Marineinfanteriebataillon der 36. Marineinfanteriebrigade hat der Kommandeur der OOS eine Kommission zur Kontrolle des Raketenartilleriewaffendienstes in die Brigade entsandt. Bei der Arbeit der Kommission wurde ein Fehlbestand von einem Mörser des Kalibers 120mm, 14 Maschinenpistolen und mehr als 10.000 Patronen des Kalibers 5,45mm sowie von acht Funkstationen „Harris“ und einem Nachtsichtgeräte „AN/PVS-14“ Nr. 74350210 amerikanischer Produktion entdeckt. Zur Zeit wird eine Ermittlung zu diesem Fall durchgeführt. Der Leiter des Raketenartilleriedienstes der Brigade gibt Erklärungen zu dem entdeckten Fehlbestand ab.

Infolge der Arbeit der Kommission wurde der Kommandeur der 36. Brigade Gnatow vor eine Attestierungskommission in den Stab der OOS bestellt, um seine Eignung für die eingennommene Funktion zu beurteilen.

deu.belta.by: **Lukaschenko kündigt diplomatischen Kampf gegen Belarus auf der Gipfelebene an**

Gegen Belarus wird ein diplomatischer Kampf auf der Gipfelebene geführt. Das erklärte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko in der Besprechung in Minsk.

„Heutzutage wird ein Hybridkrieg gegen Belarus geführt. Wie kann man es anders nennen? Die Massenmedien und Informationsbranche sind von diesem Kampf betroffen.

Diplomatischer Kampf gegen uns begann auch auf der Gipfelebene“, machte Alexander Lukaschenko aufmerksam.

Er betonte, dass die Nachbarstaaten nicht nur offen die Neuwahlen im Land fordern, sondern sich in innere Angelegenheiten des Staates einmischen, Druck auf den Staat ausüben. „Es wird ein diplomatischer Krieg geführt“, unterstrich der Präsident noch einmal.

Das Staatsoberhaupt fügte hinzu, dass das Land eine große Menge Geld zur Stabilisierung der Lage an westlichen Grenzen ausgeben muss, wohin einige Militäreinheiten verlegt wurden.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1598521086_52264_big.jpg

de.sputniknews.com: **Der Westen fördert antirussische Stimmungen in Belarus**

Von Natalia Pawlowa

Nach Auffassung des russischen Chef-Diplomaten Sergej Lawrow soll es „keine objektiven Gründe“ zur Verbreitung antirussischer Stimmungen in Belarus (Weißrussland) geben. Moskau beobachtet allerdings, dass einige „eine neue Welle der Gewalt in Belarus provozieren wollen“.

Niemand von außen dürfe die Situation in Belarus beeinflussen und die Außenakteure müssten den Dialog zwischen den innenpolitischen Kräften fördern. Die Erfahrung zeige aber, dass bestimmte Kreise in einigen Ländern nicht an einer Normalisierung der Situation interessiert seien und versuchten, eine neue Gewaltwelle in der Republik zu provozieren, erklärte Sergej Lawrow bei einem Treffen mit US-Vizeaußenminister Stephen Biegun in der russischen Hauptstadt.

„Wir sehen keinen Anlass zur Verbreitung antirussischer Stimmungen in Belarus. Dazu gibt es keine objektiven Gründe. Allerdings beobachten wir diejenigen, die eine neue Welle der Gewalt provozieren möchten“, merkte der russische Außenminister im Interview mit dem TV-Sender Perwy kanal an. Zugleich rief er die Westmächte dazu auf, die positiven Tendenzen zu unterstützen, die in Minsk und anderen belarussischen Städten zu beobachten seien, wo die Proteste friedlich verliefen.

„Wir wünschen uns, dass diese Tendenzen von den führenden westeuropäischen Ländern unterstützt werden. Unser Aufruf besteht darin, dass vor allem die USA und die EU-Spitzenpolitiker auf die Kreise in Polen und Litauen aufmerksam werden, die mit der Normalisierung der Situation in Belarus unzufrieden sind und Gewalt provozieren, die eine entsprechende Reaktion des Militärs nach sich zieht“, so Lawrow.

Die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung sei nicht der einzige Grund für Proteste in Belarus. Es gebe auch externe Meinungsmacher, die moderne Technologien heranzögen. Die USA seien Spitzenreiter bei Cyberattacken und ideologischer Beeinflussungsarbeit im Internet, kommentierte der Leiter des Zentrums für politikwissenschaftliche Studien am Institut der neuen Gesellschaft, Wassili Koltaschow, gegenüber Sputnik die Angaben des Sicherheitsrates Russlands darüber, dass bis zu 75 Prozent der weltweiten Cyberangriffe von den USA gesteuert würden.

„Die USA ärgern sich darüber, dass jemand, sei es Russland, China oder Indien, es wagt, ihnen Konkurrenz zu machen. Die Vereinigten Staaten sind zweifellos die Nummer eins in diesem Bereich... Die US-Führung und die Eliten verstehen schon, dass dieser Mechanismus ihnen von Nutzen ist“, gab der Experte zu bedenken.

„Heute beobachten wir, wie die USA erneut Druck auf andere Regierungen und Länder ausüben, Manipulationen einsetzen und neue Technologien im Kommunikations- und Informationsbereich anwenden. Davon zeugt die Tatsache, dass die Proteste in Belarus aus Warschau, Litauen und Tschechien gesteuert werden. Das geschieht nicht ohne die Teilnahme der USA, aber diesmal halten sie sich im Schatten der Europäischen Union. Ich vermute, dass sie auch weiter in den für sie wichtigen Schwerpunkten frei agieren werden, DDoS-Attacken eingeschlossen, die man dann anderen zurechnen kann“, schlussfolgerte der Politologe. Der Publizist, Politologe und Leiter des Politologischen Clubs Moskau Jewgeni Ben äußerte sich darüber, zu was „plötzliche Bewegungen in Belarus“ führen könnten und ob die Nachbarn im Westen oder im Osten „harte Maßnahmen“ ergreifen würden. Laut Ben erzeugt die „turbulente Situation“ in Belarus „Aufregung“ in bestimmten politischen Kreisen in Polen und den Ländern des Baltikums. Sie machten Aussagen, die „am Rande des Erlaubten“ seien, indem sie sich in die inneren Angelegenheiten von Belarus einmischen, meint der Politologe. „Präsident Alexander Lukaschenko, der in der gegenwärtigen Situation mit großen Problemen zu kämpfen hat, nutzt diese hinterhältige und befangene Einstellung des Westens gegenüber Belarus, um von einer drohenden Gefahr aus dem Westen zu sprechen“, merkte Ben an. Der Experte ist der Auffassung, dass der Westen keine harten Schritte unternehmen wird.

Möglich sei, dass Europa eine abwartende Haltung einnehmen und versuchen werde, die Opposition in Belarus als Koalitionspartner für sich zu gewinnen, ohne große Hoffnungen in deren Machtantritt zu setzen.

„Die Fehler und Versehen von Lukaschenko, auch in seinen Beziehungen mit dem Kreml in den letzten Monaten, haben zu diesen Proteststimmungen geführt, die dem Westen in die Hände spielen und die der Westen gerne fördert. Die Proteste in Belarus haben allerdings ein besonderes Merkmal: Es gibt dort nur wenige Leute, die im Vergleich mit der Ukraine 2014 wirklich gegen Russland gestimmt sind. Um Gewissheit darüber zu erlangen, genügt es einfach, mit den Menschen auf den Straßen zu sprechen“, so der Publizist.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/12/327737930_0:306:2964:1910_1000x080_0_1_0e9a07544071a2e6cf38ffc23d5eb108.jpg

Mil-Inr.info: **Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 27. August 2020**

In den letzten 24 Stunden wurden **keine Feuerprovokationen** von Seiten der BFU festgestellt, jedoch **zwei Verletzungen der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueereinstellung.

In Verletzung von Punkt 1 haben Kämpfer der 14. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Wojtschenko technische Arbeiten zur Ausrüstung von Positionen in den Gebieten von Shelobok und Nowotoschkowskoje durchgeführt.

In dem Monat seit dem Inkrafttreten des vollständigen und allumfassenden Regimes der Feueereinstellung am 27. Juli haben wurden 36 Verstöße von Seiten der BFU festgestellt. der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueereinstellung festgestellt, darunter elf Feuerprovokationen, drei Fälle des Einsatzes von Kampfdrohnen und 22 Fälle der Durchführung von technischen Arbeiten zur Ausrüstung von Positionen. Infolge dieser Verstöße der BFU starb ein Verteidiger der Republik und zwei wurden verletzt. ...

de.sputniknews.com: „**Machen wir uns doch nichts vor**“: **Experte zum US-Raketenplan in Europa**

Die Vertragsfesseln sind abgelegt, die USA können jetzt richtig loslegen mit dem Bau von Raketen – so muss man wohl das verstehen, was der amerikanische Außenminister Mike Pompeo gerade erst in einer Ansprache verkündet hat. Ein Experte kommentiert im Sputnik-Gespräch.

Die Schalte von Außenminister Pompeo aus Jerusalem zum Parteitag der Republikaner in den USA ist zu einem Loblied auf Donald Trump geworden. Man habe dem Präsidenten sehr viel zu verdanken, sagte Pompeo, auch dass die Nato stärker geworden sei, die Ukraine defensive Waffensysteme habe und Amerika aus einem „schlechten Vertrag“ ausgestiegen sei, „damit unser Land Raketen bauen kann, um die russische Aggression abzuschrecken“.

Als „schlechten Vertrag“ bezeichnet der amerikanische Außenminister ganz offensichtlich den INF-Vertrag: ein Abrüstungsdokument zur Beseitigung von Kurz- und Mittelstreckenraketen,

die besonders in Europa und darüber hinaus in Asien gefährlich werden können.

Die USA waren letztes Jahr mit der fadenscheinigen Begründung, Russland halte sich nicht an das Dokument, aus dem Vertrag ausgestiegen. Moskau wies den Vorwurf zurück. Schon kurz nach dem Ausstieg aus dem INF testeten die USA eine Mittelstreckenrakete, die bis dahin im Vertrag verboten gewesen war.

Tatsächlich hatten sich die USA lange vor dem Ausstieg aus dem Vertrag das Ziel gesetzt, ihr Arsenal für Mittelstreckenwaffen auszubauen, sagt der Politologe Alexej Podbereskin vom Zentrum für militärpolitische Studien der Hochschule MGIMO im Sputnik-Gespräch. Nur deshalb hätten die Amerikaner den Vertrag überhaupt verworfen.

„Machen wir uns doch nichts vor, es geht den Amerikanern um strategische Absichten“, mahnt der Wissenschaftler und erklärt: „Marschflugkörper und ballistische Raketen mittlerer Reichweite werden von den USA für lokale Konflikte in Regionen wie Südostasien und vor allem Europa hergestellt. Darum geht es bei dem Ausbau der Fähigkeiten. Die Raketen werden in naher Zukunft massenweise stationiert.“

„Die USA haben jahrelang an Mittelstreckensystemen gearbeitet, weshalb der Bau und die Stationierung der Raketen für sie weder technisch noch industriell ein Problem sein werden. Zwei Produktionswerke für solche Raketen stehen schon. Es fehlt nur die Erprobung in der Truppe, dann können die Flugkörper wie am Fließband produziert werden. Ich schätze, eine Stationierung von 10 000 Stück ist durchaus realistisch.“



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/1b/327810859_0:265:3250:2023_1000x080_0_1_fa13f4ca0cc22062e4d66e55c07c9a12.jpg

de.sputniknews.com: **Lukaschenko bewertet Folgen der politischen Krise für Weißrusslands Wirtschaft**

Die politische Krise wirkt sich laut dem weißrussischen Staatschef Alexander Lukaschenko negativ auf die Wirtschaft des Landes aus. Laut seinen Worten wird Minsk aber niemand „unentgeltliche Hilfe“ leisten, daher dürfe man nur auf die eigenen Kräfte bauen.

Bei der Sitzung am Donnerstag zur Entwicklung der wichtigsten Organisationen des Industrieministeriums betonte Lukaschenko, dass dieses Jahr viele Prüfungen mit sich gebracht habe: Viele Märkte seien wegen der Corona-Pandemie geschlossen gewesen und der vollständige Waren- und Kapitalverkehr praktisch zum Stillstand gekommen, besonders bei den in Weißrussland produzierten Waren.

Hinzu komme die schwierige politische Lage im Land, die man versuche, sowohl von innen als auch von außen aufzuschaukeln:

„Der Einfluss dieses Drucks auf die Innenwirtschaft ist spürbar. Ich möchte nochmals betonen: Niemand wird uns unentgeltliche Hilfe leisten. Wir dürfen nur auf unsere Kräfte und Möglichkeiten bauen“, so Lukaschenko.

Unter anderem erkundigte sich Lukaschenko bei Sitzungsteilnehmern und vor allem bei Chefs von Unternehmen über die moralische und psychologische Situation in den Arbeitskollektiven

sowie darüber, wie die betrieblichen Prozesse ablaufen würden und wie es um den Export bestellt sei.

„Der Produktionsabsatz ist unsere Schlüsselaufgabe. Drauf folgen die Währung, der Rubel-Kurs und so weiter. Man darf nicht untätig herumsitzen und darauf warten, dass jemand zu uns kommt, dass man vor dem Betriebstor Schlange stehen und diese Produkte kaufen wird. Man muss das selbst in die Hand nehmen. Es sind Maßnahmen zur Förderung des Exports notwendig - wir ergreifen diese. Vielleicht kann man noch irgendwie helfen?“ ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/11/327723690_0:19:3086:1687_1000x0_80_0_1_2d2e9e982e27c7dfcd6e967c49084fe3.jpg

Dan-news.info: Das Ministerium für Staatssicherheit der DVR informierte über zwei neue Versuche ukrainischer Spezialdienste, Soldaten der DVR anzuwerben.

„An das MfS der DVR wandten sich die Soldaten der Volksmiliz Andrej Andrijesch und Sergej Balandin mit Informationen über Versuche ukrainischer Spezialdienste sie anzuwerben“, teilte der Presseoffizier des MfS Michail Popow mit.

Die Operation koordinierte der zentrale Apparat des SBU in Kiew. Es wurden auch die Daten der Vertreter des Dienstes, die die Werbemaßnahmen durchführten festgestellt. Bekannt ist die Telefonnummer, von der aus Mitarbeiter des SBU in Kontakt mit unseren Soldaten traten.

„In den Jahren 2019-2020 haben sich 36 Soldaten an das MfS wegen Versuchen von Seiten des SBU, sie im Rahmen des Programms ‚Du wirst zu Hause erwartet‘, anzuwerben“, unterstrich Popow und fügte hinzu, dass die ukrainischen Spezialdienste aktiv Bestechung, Erpressung, psychischen Druck auf Verwandte, Versprechungen über angebliche Befreiung von strafrechtlicher Verfolgung einsetzen. Ihre Aufgabe sei es, auf beliebigem Weg Soldaten auf das Territorium der Ukraine zu locken und sie dann zur Zusammenarbeit zu zwingen. Im Falle einer Weigerung werden die Überläufer strafrechtlich verfolgt. Ziel der Werbung ist normalerweise Diversions- und geheimdienstliche Tätigkeit gegen Donezk und Lugansk.

„Das MfS der DVR warnt ein weiteres Mal, dass im Fall einer Anwerbung von Einwohnern der Republik durch ausländische Einwohner diese sich sofort an die Staatssicherheitsorgane wenden müssen“, schloss der Presseoffizier. Bei rechtzeitig Information entfällt die strafrechtliche Verfolgung.

Auf einer Pressekonferenz berichteten die beiden Soldaten.

„Meine Mutter lebt auf dem Territorium der Ukraine, sie ist Direktorin eines heimatkundlichen Museums. Die Geschichte begann schon 2017. Damals wandten sich Vertreter des SBU an sie mit Vorschlägen, dass sie mich überzeugen sollte, auf die Seite der Ukraine überzulaufen. Dies waren höfliche und verbindliche Anfragen. Weiter kam man dann 2020 zu ihr und versuchte sie durch Drohungen zu zwingen, dass sie meine Kontaktdaten übergibt, damit sie mit mir in Kontakt treten konnten. Und wenn sie sich weigere, würde man sie festnehmen und des Terrorismus beschuldigen“, berichtete Andrijesch.

Er fügte hinzu, dass die Spezialdienste auch an ihn selbst herangetreten sind. Für einen Übergang auf die Seite der Ukraine wurden im eine Geldprämie, der Status eines Teilnehmers der ATO und Auszeichnungen versprochen.

Im Fall von Balandin wurde seine älteste Tochter, die 20 Jahre alt ist, als Druckmittel genutzt. „Sie sagten, dass das Mädchen nicht studieren darf, selbst im Land nicht reisen darf, sie wird als Terroristin betrachtet, festgenommen. Man schlug mir vor, zurückzukehren und auf die Seite der Ukraine überzugehen“, sagte er.

Auf der Pressekonferenz war die Bevollmächtigte für Menschenrecht ein der DVR Darja Morosowa anwesend.

„Heute habe ich mich an das IKRK, die OSZE und die UNO gewandt mit der Bitte eine Verletzung der Rechte und Freiheiten der Bürger auf dem Territorium der Ukraine nicht zuzulassen. Ich hoffe, dass sie sich rechtzeitig einschalten und die rechtswidrigen Handlungen von Seiten des SBU beendet werden. Das ist nicht hinnehmbar und wir hoffen, dass sich so etwas in Zukunft nicht wiederholen wird“, sagte sie.

deu.belta.by/belta.by: **Lukaschenko zur aktuellen Situation (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)**

Der belarussische Präsident, Alexander Lukaschenko, hat sich bei der Beratung in Minsk zu Fragen der aktuellen Situation geäußert:

Dialog mit Arbeits- und Studentenkollektiven über die Verfassung

Der Präsident erklärte, er sei bereit, den Dialog, u.a. über die Erneuerung der Verfassung, zu führen. Er will diesen Dialog vor allem mit den Arbeits- und Studentenkollektiven führen.

„Wenn jemand einen Dialog wünscht, bitte. Studentenkollektive sind genau die Gruppen, mit denen ich zum Dialog bereit bin – und Arbeitskollektive, darüber habe ich bereits gesprochen. Bitte entsenden Sie Ihre Vertreter, und wir werden den Dialog führen. Alle wollen eine neue politische Ordnung. Wollen wir die Verfassung erneuern. Bringen Sie Vorschläge ein, um eine neue Verfassung zu bilden. Sie ist das wichtigste Gesetz in jedem Land. Und man muss von der Verfassung ausgehen“, bemerkte Alexander Lukaschenko.

„Der Dialog wird mit Vertretern aller Arbeitskollektive und Studentenkollektive (das ist die zukünftige Elite unseres Landes, mit ihnen müssen wir diesen Dialog führen) geführt. Und mit den Arbeitskollektiven, die heute arbeiten. Die Bauern haben das Recht auf ihre Meinung, und die Arbeiter wollen ihre Meinung äußern, und die Spezialisten dieser Unternehmen sowie Lehrer und Ärzte, nicht diejenigen, die durch die Straßen gehen und schreien, dass sie den Dialog wollen. Sie wollen keinen Dialog. Und mit der Vertretern der Straßenproteste wird sich keine der Behörden an den Verhandlungstisch setzen“, sagte der Präsident.

„Hier ist meine klare Vision und meine Erklärung über den Dialog, mit wem wir diesen Dialog führen können. Wenn es vernünftige Menschen aus der Opposition gibt, die ihr Land als frei und unabhängig betrachten, laden wir sie ein, ihren Standpunkt zu äußern, aber nicht auf der Straße. Unter dem Druck der Straße wird es in Belarus keinen Dialog geben“, unterstrich der Staatschef.

In der Beratung sprach Alexander Lukaschenko auch über politische Appelle an die Studenten von denjenigen, die versuchen, die Situation im Land zu destabilisieren. „Sie beginnen, auch die Studenten aufzurufen: Gehen Sie auf die Straße und so weiter. Wir werden jetzt die Informationen den Studenten und der Leitung der Universitäten übermitteln. Schließlich sind sie für die Situation an ihren Universitäten verantwortlich. Und sie werden ebenso antworten wie die Leiter von Industrieunternehmen“, stellte der Staatschef fest.

„Und sie müssen verstehen, dass die Jungen den Aufschub der Wehrpflicht für den Zeitraum des Studiums an der Hochschule erhielten. Wenn sie nicht studieren wollen, werden sie die Heimat verteidigen. Das Vaterland ist in Gefahr“, unterstrich der belarussische Staatschef.

Über Wirtschaft, die Arbeit der Betriebe und die Straßenproteste

Alexander Lukaschenko ist sicher, dass Belarus die Situation überwinden wird, die mit

unberechtigten Straßenprotesten verbunden ist.

„Die Wirtschaft ist heute am wichtigsten. Wenn unsere Betriebe normal arbeiten, müssen wir keine Angst vor Katastrophen haben. Wir werden die Situation mit den Straßenprotesten meistern, obwohl einige die Lage destabilisieren wollen“, erklärte der belarussische Staatschef.

Er stellte fest, dass alle Menschen bereits sehen, dass der amtierende Präsident diejenigen hat, auf die er sich verlassen kann. „Über 3 Mio. Menschen nahmen an der Kundgebung zur Unterstützung von Frieden, Ruhe und Staatschef teil. 3 Mio. Menschen sind eine große Kraft. Unsere Wählerschaft ist ruhiger: Veteranen, Rentner, Spezialisten. Sie verstehen ihre Sache, sie arbeiten. Deshalb werden wir diese Zahl von Menschen haben - 80%, die für uns gestimmt haben“, sagte Alexander Lukaschenko.

„Deshalb muss man in Frieden leben und seiner Arbeit nachgehen. Und was mich, die Sicherheitsbehörden und andere betrifft, so werden wir unserer Arbeit nachgehen. Ausschließlich gesetzmäßig. Wir sind nicht blutdürstig. Wir wollen niemanden erwürgen, niemanden auf die Straße jagen, es sei denn, wir sind dazu gezwungen“, bemerkte der Präsident.

Er unterstrich, die Macht solle die Menschen verteidigen.

Aufrufe zur Abberufung von Abgeordneten

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko sprach ... über die Aufrufe der Opposition an die Bürger, Abgeordnete in ihren Kreisen abzurufen.

„Woran sind sie schuld? Bei den Wahlen wurden die Abgeordneten gewählt und alle stimmten zu. Wir verstehen ganz gut, dass man das Parlament ins Wanken bringen will“, bemerkte der Staatschef.

„Ich denke, dass die meisten Abgeordneten keine Angsthasen sind. Sie müssen wissen, dass sie den Präsidenten haben, der sie schützen kann“, hob der belarussische Staatschef hervor.

Zu Angriffen auf die Landeswährung

Der Staat wird den Zusammenbruch der Landeswährung nicht zulassen, erklärte der belarussische Präsident...

„Jetzt rufen unsere internen Schurken bereits offen dazu auf, den Finanzmarkt zu destabilisieren. Einige Menschen erliegen dem – holen das Geld von den Banken und so weiter“, bemerkte Alexander Lukaschenko.

„Wir werden keinen Zusammenbruch der Landeswährung zulassen. Wenn die Leute Dollar kaufen wollen - bitte, es kostet, so viel es heute kostet. Wir haben einen variablen Wechselkurs: Die Nachfrage ist groß - dies bedeutet, dass dieser Dollar oder Euro teurer wird, weniger Nachfrage bedeutet, dass er billiger ist. Wir halten den Rubelkurs nicht zurück“, betonte der belarussische Staatschef.

Alexander Lukaschenko sagte auch, dass Weißrussland noch nicht begonnen habe, seine Gold- und Devisenreserven zu nutzen. „Gut gemacht von der Nationalbank, der Regierung. Wie vorgesehen: Vor drei Monaten habe ich die Aufgabe gestellt, alle Gold- und Devisenreserven in das Land zurückzuholen, insbesondere die Goldreserven. Dies ist bis zum letzten Gramm Gold geschehen“, betonte er.

„Daher gibt es keine solche Katastrophe. Ja, in einigen Wechselstuben gibt es möglicherweise nicht genügend Bargeld. Dies geschieht jedoch immer dann, wenn eine erhöhte Nachfrage besteht. Ich habe die Nationalbank angewiesen, eine solche Situation möglichst zu vermeiden. ... Wir haben absolut genug Reserven, um den Kurs auf einem für uns akzeptablen Niveau zu halten“, sagte Alexander Lukaschenko.

Dem Präsidenten zufolge wird er bereits über die Raubüberfälle auf Menschen berichtet, die Geld abgeholt haben, was Kriminellen bekannt wurde. „Ich denke, unsere Bevölkerung sollte ernsthaft darüber nachdenken“, sagte der Staatsoberhaupt.

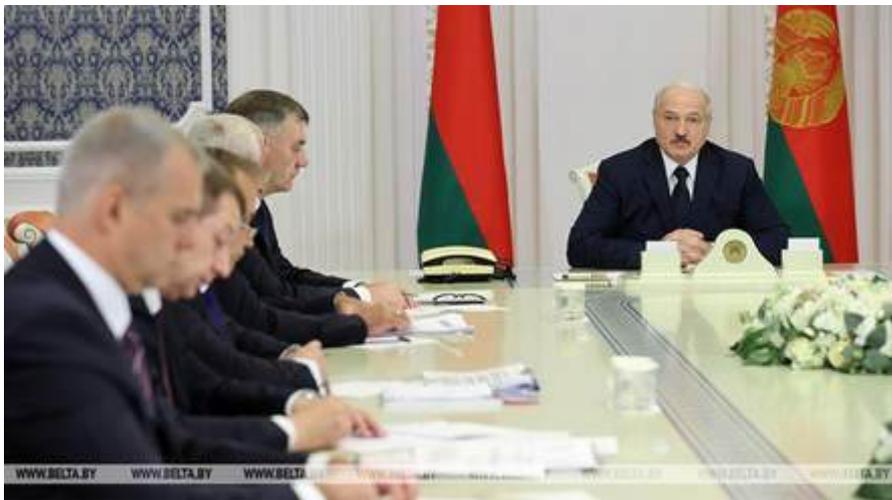
Alexander Lukaschenko sagte auch, dass Belarus Gespräche mit Russland über die Refinanzierung von Schulden in Höhe von 1 Milliarde US-Dollar führen werde. „Wir haben

dies mit dem Präsidenten Russlands vereinbart, und heute wird unser Premierminister Gespräche mit Michail Mischustin (Premierminister Russlands – Anm. BelTA) über die Refinanzierung führen", sagte das Staatsoberhaupt.

Er stellte klar, dass wir über die Refinanzierung von 1 Milliarde US-Dollar aus der Verschuldung gegenüber der Russischen Föderation in diesem Jahr sprechen. „Das heißt, wir werden diese Milliarde Dollar in unserem Land behalten, nachdem wir das mit Russland vereinbart haben. Und es wird eine gute Verstärkung unserer Landeswährung sein", erklärte Alexander Lukaschenko.

Darüber hinaus würden erhebliche Deviseneinnahmen aus Exporten erwartet. „Bisher ist unser Export gut gelaufen, insbesondere in die Russische Föderation und die VR China. Und der Export ist der Erhalt von Währung", sagte der Präsident.

„Wir haben diese Wahlen überlebt, wir haben die Streikaufrufe überlebt (sie hatten keine Massenbeteiligung), wir haben den Blitzkrieg auf den Straßen überlebt, als sie das Land am 9. und 10. erwürgen wollten. Wir das alles überlebt und werden es weiter überleben“, resümierte Alexander Lukaschenko.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1598520012_52262_big.jpg

deutsch.rt.com: **Transportpolizei führt Untersuchung im Zusammenhang mit Krankenhausaufenthalt von Nawalny durch**

Die russische Transportpolizei hat eine Untersuchung im Zusammenhang mit dem Krankenhausaufenthalt des Bloggers Alexei Nawalny durchgeführt. Neben seinem Hotel wurden auch Orte entlang seiner Reiseroute inspiziert. Mehrere Gegenstände wurden beschlagnahmt.

Beamte der Abteilung für Ermittlungsmanagement der Direktion für Verkehrswesen des Innenministeriums der Russischen Föderation haben im Sibirischen Föderalbezirk eine Voruntersuchung im Zusammenhang mit dem Krankenhausaufenthalt des Bloggers Alexei Nawalny durchgeführt. Das teilte die Pressestelle der Direktion für den Sibirischen Föderalbezirk mit.

Die Untersuchung wurde gemäß dem festgelegten Verfahren von der Staatsanwaltschaft für den westsibirischen Verkehr im Zusammenhang mit der Krankenhauseinweisung von Alexei Nawalny am 20. August in der Stadt Omsk eingeleitet. In Übereinstimmung mit den Anforderungen der Strafprozessordnung wurden alle Umstände des Vorfalls ermittelt.

Während der Inspektion wurde ein umfangreiches Paket von Untersuchungs- und operativen Maßnahmen ergriffen. Insbesondere wurden das Hotelzimmer, in dem der Blogger wohnte, und Teile des Gebiets entlang seiner Reiseroute inspiziert.

Mehr als 100 Gegenstände, die einen Beweiswert haben könnten, wurden beschlagnahmt. Außerdem wurden die Daten aus den Videoüberwachungssystemen analysiert. Es werden

mehr als 20 verschiedene kriminaltechnische Untersuchungen (forensisch, biologisch, physikalisch und chemisch) durchgeführt. Bislang sind keine stark wirksamen oder narkotischen Substanzen nachgewiesen worden.

Dan-news.info: Das Finale der Wettbewerbe zu militärischen Fertigkeiten unter Panzermannschaften bei Tores endete heute mit dem Sieg eines Teams aus der LVR. Die Auszeichnungen überreichte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin den Panzersoldaten. „Heute konnten wir echte Professionelle sehen, tolle Panzermannschaften, aber siegen mussten die stärksten. Ich gratuliere den Siegern“, sagte Puschilin, als er der Mannschaft den Pokal überreichte.

Außerdem wurde ein Soldat der LVR bester bei der Nomination „Bester Richtschütze/Operator“, ein Teilnehmer aus der DVR wurde als „Bester Mechaniker/Fahrer“ ausgezeichnet.

Die Wettbewerbe von Panzermannschaften waren dem 75. Jahrestag des Sieges des sowjetischen Volks im Großen Vaterländischen Krieg und dem bevorstehenden Tag der Befreiung des Donbass gewidmet. Sie fanden im Rahmen der Wettbewerbe zu allen militärischen Fachgebieten „Donezker Vorstoß“ statt.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2020/08/dan-news.info-2020-08-27_14-07-22_358492-----13-1024x679.jpg

de.sputniknews.com: **Putin zu Festnahme von 33 Russen in Minsk: Das war Geheimdienstoperation**

Den Zwischenfall mit der Festnahme von 33 russischen Staatsbürgern in Weißrussland Ende Juli haben laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin die Geheimdienste der USA und der Ukraine gemeinsam organisiert. Das sei jetzt gut bekannt, wie Putin in einem Interview mit dem Sender Rossiya 1 am Donnerstag sagte.

„Jetzt ist es eindeutig. Das war eine Aktion der Geheimdienste“, sagte Putin. Diese Leute seien ausgenutzt worden. Ihnen sei eine legale Arbeit in Drittländern - in Lateinamerika und im Nahen Osten - in Aussicht gestellt worden.

„In der Tat seien sie auf das weißrussische Territorium gebracht und als eine mögliche Schlagkraft für die Destabilisierung der Situation während der Wahlkampagne dargestellt worden“, sagte Putin.

„Das war eine gemeinsame Operation ukrainischer und US-amerikanischer Geheimdienste. Jetzt ist das genau bekannt“.

Festnahme russischer Bürger in Weißrussland

Ende Juli hatten weißrussische Behörden 33 Bürger Russlands festgenommen und ihnen vorgeworfen, Mitglieder einer Privatarmee zu sein und Massenausschreitungen im Land vor den Präsidentenwahlen vorbereitet zu haben. Weißrussische Geheimdienste hatten auch Angaben erhalten, dass rund „200 weitere Kämpfer“ angeblich zur Destabilisierung der Lage in Weißrussland sind.

Derzeit befinden sich bereits 32 der festgenommenen Männer in Russland. Ein weiterer Mann, der ebenfalls eine weißrussische Staatsbürgerschaft hatte, blieb in der Republik. Die Übergabe der Russen verlief laut der russischen Generalstaatsanwaltschaft im Einklang mit dem nationalen und dem internationalen Recht.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/31288/71/312887136_0:0:3202:1731_1000x0_80_0_1_2dfca7de0c22d6868180a16c5efade1e.jpg

de.sputniknews.com: **EU-Diplomaten bitten um Erlaubnis, in Weißrussland inhaftierte Bürger zu besuchen**

Die in Weißrussland akkreditierten Diplomaten der EU-Staaten haben sich mit der Bitte an die Führung des Landes gewandt, ihnen zu erlauben, jene Bürger, die ihrer Meinung nach aus politischen Gründen inhaftiert wurden, in der Untersuchungshaft zu besuchen.

„Beim heutigen Treffen haben die EU-Diplomaten an die früher gerichteten Ersuchen erinnert, ihnen zu erlauben, Untersuchungsgefängnisse und jene Bürger, die nach Ansicht der in Minsk tätigen EU-Botschafter ausschließlich aus politischen Gründen inhaftiert wurden, zu besuchen“, heißt es aus einer Mitteilung der EU-Vertretung in Minsk auf Facebook.

Die EU „verfolgt aufmerksam“ die Entwicklung der Situation in Weißrussland im Vorfeld der Wahl und nach der Wahl.

„Die EU hat die weißrussischen Behörden mehrmals dazu aufgerufen, nach adäquaten Lösungen mittels der Einstellung von Gewalt und der Aufnahme eines echten und breiten nationalen Dialogs zu suchen. Nämlich unter Berücksichtigung dieser Umstände haben die Leiter der diplomatischen Missionen in Minsk Wladimir Makej (Weißrusslands Außenminister – Anm. d. Red.) gebeten, sich mit ihnen zu treffen. Er hat dem freundlicherweise zugestimmt“, heißt es.

Unter anderem hätten die EU-Diplomaten darauf verwiesen, dass nur „ein friedlicher und demokratischer Prozess unter Bedingungen unabhängiger und freier Massemedien sowie einer starken bürgerlichen Gesellschaft dazu beitragen kann, in der entstandenen Situation dauerhafte Lösungen zu finden“.

Am Donnerstag fand im weißrussischen Außenministerium ein Treffen zwischen dem Leiter der Behörde Wladimir Makej und den europäischen Diplomaten statt.

4800 Teilnehmer und 51 Festnahmen

Am Mittwoch teilte das weißrussische Innenministerium mit, dass allein an den Protesten am

Dienstagabend in Weißrussland knapp 4800 Menschen teilgenommen hätten. Es gebe 51 Festnahmen.

Indes berichteten Menschenrechtsorganisationen über 40 Festnahmen wegen der Teilnahme an nicht genehmigten Protestaktionen am Dienstag in verschiedenen Regionen Weißrusslands.

Massenproteste in Weißrussland

Gleich nach der von Fälschungsvorwürfen der Opposition überschatteten Präsidentenwahl vor zwei Wochen sind in Weißrussland Proteste ausgebrochen. Unzufriedene Menschen forderten Lukaschenkos Rücktritt und erklärten seine einstige Rivalin Swetlana Tichanowskaja zur wahren Siegerin der Präsidentenwahl. Der Wahlleitung zufolge erhielt der Amtsinhaber Alexander Lukaschenko 80,1 Prozent und Tichanowskaja rund zehn Prozent der Stimmen. In den ersten Protesttagen gab es mehr als 7000 Festnahmen. Hunderte Menschen, darunter etwa 120 Sicherheitskräfte, erlitten Verletzungen. Nach Angaben der Behörden gab es unter den Protestierenden drei Tote.

Ukrinform.de: Kuleba und Biegun sprechen über Zusammenarbeit und Belarus

Außenminister Dmytro Kuleba hat mit dem stellvertretenden US-Außenminister Stephen Biegun die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und den Vereinigten Staaten sowie die Lage in Belarus erörtert.

Wie Ukrinform meldet, hat das der Minister bei Twitter bekannt gegeben.

„Ich freue mich, den stellvertretenden US-Außenminister Stephen Biegun in Kyjiw begrüßen zu dürfen. Wir haben die weitere Entwicklung der strategischen Partnerschaft zwischen der Ukraine und den Vereinigten Staaten in den Bereichen Sicherheit, Energie, Reformen, Handel und Investitionen ausführlich erörtert und auch die Meinungen über die Situation in Belarus ausgetauscht“, twitterte Kuleba.

Biegun und Kuleba legten auch zusammen Blumen an die Mauer des Gedenkens an ukrainische Verteidiger, die bei der russischen Aggression gefallen sind.

„Zusammen mit dem stellvertretenden US-Außenminister Stephen Biegun haben wir die tapferen ukrainischen Helden gedacht, die den höchsten Preis für die Verteidigung der Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität der Ukraine vor anhaltender russischer Aggression bezahlt haben“, schrieb der Minister bei Twitter.

Wie Ukrinform berichtete, besuchte der stellvertretende US-Außenminister Stephen Biegun vom 24. bis 27. August Vilnius, Moskau und Kyjiw. Er traf sich mit hochgestellten Beamten Litauens, Russlands und der Ukraine, um regionale und internationale Fragen zu erörtern.



https://static.ukrinform.com/photos/2020_08/thumb_files/630_360_1598522282-357.jpeg

de.sputniknews.com: **Tichanowskaja hofft auf Hilfe von „der mächtigsten Frau der Welt“ Merkel**

Die Präsidentschaftskandidatin der weißrussischen Opposition und deren Gesicht, Swetlana Tichanowskaja, hat in einem Interview mit der „Welt“ den Drang der Weißrussen nach Veränderungen deutlich gemacht. Mit Blick auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft äußerte sie großes Vertrauen in Bundeskanzlerin Angela Merkel. Gegenüber der „Welt“ verwies Tichanowskaja auf die moralische Unterstützung aus verschiedenen Ländern. Es gebe aber auch finanzielle Hilfe – wie etwa Initiativen für Streikende oder Verletzte. In Bezug auf politische Unterstützung sagte Tichanowskaja, dass jedes Land selbst wisse, „wie es uns Weißrussen in dieser schwierigen Situation am besten helfen kann“. An dieser Stelle betonte sie die Rolle von Bundeskanzlerin Angela Merkel. „Ich glaube, dass gerade Angela Merkel das Streben der Weißrussen nach Freiheit und Demokratie sehr gut verstehen kann. Das ist wichtig. Denn wir wissen alle, dass sie die mächtigste Frau der Welt ist. Sie kann direkt Kontakt zu Lukaschenko aufnehmen oder zum russischen Präsidenten und die Situation aus ihrer Sicht erklären. So kann sie alle Beteiligten dazu drängen, endlich in einen Dialog mit uns zu treten.“

Allerdings bat sie alle Länder, darunter Russland, die Souveränität Weißrusslands zu respektieren. Was in Weißrussland passiere, habe nichts mit Geopolitik zu tun, so Tichanowskaja. Es gehe nicht um den Einfluss anderer Länder, nicht um Russland oder die EU. Es gehe um die Menschen in Weißrussland, die einfach nur faire und freie Wahlen wollten. „Das sollten bitte alle respektieren.“

Laut Tichanowskaja müsste „Ex-Präsident Lukaschenko“ verstehen, dass das Land in einer schweren politischen Krise stecke und dass „wir in eine Wirtschaftskrise geraten werden, wenn er nicht nachgibt“. Wenn er die Menschen dort tatsächlich liebe, dann werde er begreifen, dass es an der Zeit sei, zu gehen. Deshalb sei nun ein ernsthafter Dialog mit dem eigens dafür gegründeten Koordinierungsrat nötig.

Gleich nach den Präsidentschaftswahlen am 9. August kam es in Weißrussland zu Massendemonstrationen. Die Gegner des amtierenden Staatsoberhauptes, Alexander Lukaschenko, der nach Angaben des zentralen Wahlkomitees zum sechsten Mal in Folge mit rund 80 Prozent gesiegt hatte, erkannten dieses Ergebnis nicht an.

Nach den Wahlen floh Tichanowskaja, die als oppositionelle Präsidentschaftskandidatin angetreten war, nach Litauen, von wo sie auch die Bildung eines Koordinationsrates der Protestbewegung ausgerufen hatte, der die Machtübergabe in Weißrussland organisieren soll. Ihre Abreise erklärte sie zunächst mit dem Wunsch, ihre Kinder zu besuchen. Allerdings soll sie diesen Schritt nach Angaben einiger Beobachter auf Druck der weißrussischen Behörden unternommen haben.

Telefonat mit Putin

Angesichts der Massenproteste in Weißrussland hatte Präsident Alexander Lukaschenko wiederholt vor einer Einmischung des Westens in die inneren Angelegenheiten des Landes gewarnt. Auch Moskau warnte vor Einmischung.

Laut der Pressesprecherin von Lukaschenko, Natalja Eismont, hat der weißrussische Präsident seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin in einem Telefonat darum gebeten, Frau Merkel auszurichten, dass sich Deutschland und überhaupt Westeuropa nicht in die inneren Angelegenheiten von Belarus einmischen sollten.

Putin teilte am Donnerstag mit, dass Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko Moskau gebeten habe, eine Reserve aus Polizeibeamten zu bilden. Die Reserve werde jedoch nicht genutzt, solange die Situation nicht außer Kontrolle gerate, so der Kremlchef. Dabei betonte er, dass Russland auf eine friedliche Lösung der weißrussischen Probleme hoffe. Er verwies auch darauf, dass Moskau neutraler als die Europäer und die Amerikaner auf die Ereignisse in Weißrussland reagieren würde.

EU betont Selbstbestimmung

Die Europäische Union erkannte die weißrussischen Wahlergebnisse nicht an und will demnächst Sanktionen gegen die Verantwortlichen für die mutmaßliche Wahlfälschung und

die Niederschlagung der Proteste im Land verhängen. Es gebe keinen Zweifel daran, dass es massive Regelverstöße bei der Wahl gegeben habe, sagte die Kanzlerin nach einem EU-Sondergipfel zur politischen Krise in Belarus. „Wir verurteilen die brutale Gewalt gegen Menschen“, so Merkel.

Laut dem EU-Ratschef Charles Michel haben die 27 EU-Staaten beim Sondergipfel ihre Solidarität mit dem Wunsch der weißrussischen Bürger zum Ausdruck gebracht, selbst über ihre Zukunft zu entscheiden. Eine Lösung gebe es nur durch einen politischen, inklusiven Dialog und einen friedlichen, demokratischen Prozess.

Auch der französische Staatspräsident Emmanuel Macron erklärte in einer Pressekonferenz, dass nun ein Dialog zwischen den Behörden, der Opposition und der Zivilgesellschaft in Belarus notwendig sei. Diesen sollten die Weißrussen selbst aufnehmen. Aber die Europäische Union sei bereit bei diesem Dialog zu vermitteln, sollten die Weißrussen dies auch wünschen.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/13/327742533_0:0:2906:1573_1000x541_80_0_0_9401a490d3ac012a1d3d31e6908d1182.jpg

abends:

de.sputniknews.com: **Fall Nawalny: Russische Generalstaatsanwaltschaft will mit Bundesjustizministerium zusammenarbeiten**

Die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation hat sich nach Angaben ihres Sprechers Andrej Iwanow an das Bundesjustizministerium in Deutschland gewandt und zu einer Zusammenarbeit im Fall von Nawalny aufgerufen.

Laut dem Sprecher beruft sich die Generalstaatsanwaltschaft auf das Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen von 1959 und auf die Zusatzprotokolle dazu. Im Zusammenhang mit dem Untersuchungsmaterial des russischen Innenministeriums habe die Behörde bereits Rechtshilfe bei den zuständigen deutschen Justizbehörden beantragt, um den Fall Nawalny aufzuklären.

„Trotz der bereits am 20. August eingeleiteten Vorprüfungsverfahren liegen zum jetzigen Zeitpunkt keine Befunde vor, welche von einer vorsätzlich begangenen Straftat gegen Alexej Nawalny zeugen und diesen Vorfall gemäß dem Strafrecht einstufen lassen“, erklärte Iwanow. Der Sprecher fügte hinzu, Deutschland habe schon seine Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit mit Russland im Fall Nawalny bestätigt. Darüber hinaus soll die Generalstaatsanwaltschaft die Bundesregierung darum gebeten haben, Informationen über die Untersuchungen und vorläufigen Diagnosen zur Verfügung zu stellen. Konkret handelt es sich dabei um die Befunde der Ärzte, welche Nawalny derzeit in der Klinik Charité untersuchen würden, sowie um Informationen zu Nawalyns Zustand während seines Transports aus Russland nach Deutschland.

Einer der bekanntesten oppositionellen Politiker Russlands, Alexej Nawalny, befindet sich

derzeit im Koma, nachdem er am vergangenen Donnerstag während eines Fluges von Tomsk nach Moskau das Bewusstsein verloren hatte. Sein Zustand wird als schwer bezeichnet, es soll jedoch keine akute Lebensgefahr bestehen.

Am Samstag wurde Nawalny per Flugzeug aus einem Omsker Krankenhaus in die Berliner Charité überführt. Die deutschen Ärzte sehen eine Vergiftung als mutmaßliche Ursache, haben dies jedoch bislang nicht belegt.

Vorwurf gegen Kreml

Vor diesem Hintergrund wurden bereits mehrfach Vorwürfe laut, der Kreml habe bei Nawalnys angeblicher Vergiftung Hand angelegt. Allerdings sind die voreiligen und unbegründeten Anschuldigungen im Fall Nawalny laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin unzulässig. In diesem Zusammenhang bekundete Putin „Interesse an einer gründlichen und objektiven Untersuchung aller Umstände des Vorfalls“.

Der stellvertretende Leiter des Omsker Krankenhauses, Anatoli Kalinitschenko, teilte mit, dass in Nawalnys Blut und Urin kein Gift oder Spuren davon entdeckt worden seien. Die Omsker Ärzte gaben als vorläufige Diagnose eine Stoffwechselstörung an. Diese soll ein drastisches Absinken des Blutzuckerspiegels verursacht haben. Der Politiker war am Donnerstagmorgen von Tomsk nach Moskau unterwegs. Während des Fluges soll er sich plötzlich sehr schlecht gefühlt haben, woraufhin das Flugzeug umgehend in der Stadt Omsk notgelandet ist.

de.sputniknews.com: **Moskau: US-Soldaten verfolgen russische Militärpatrouille in Syrien**

US-Militär hat laut dem Leiter des Zentrums für die Versöhnung der Kriegsparteien in Syrien, Oberst Alexej Posunjko, eine Patrouille der russischen Militärpolizei in Syrien verfolgt sowie die Straße entlang ihrer Route blockiert.

„Während der Patrouille begannen zwei amerikanische MRAP-Panzerfahrzeuge den Konvoi nach dessen Einfahren in die Kontrollzone der IAC (internationale Anti-Terror-Koalition – Anm.d.Red.) zu verfolgen. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass die Straße weiter entlang der Route von zwei weiteren amerikanischen Panzerfahrzeugen blockiert wurde“, sagte Posunjko. Die russische Patrouille habe alle möglichen Maßnahmen ergriffen, um den Zwischenfall zu verhindern und ihre Aufgabe weiter zu erfüllen.

„Die Gruppierung der russischen Streitkräfte in Syrien wird sich bei der Erfüllung von Aufgaben zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus in Syrien weiterhin strikt an die getroffenen Vereinbarungen halten“, sagte Posunjko.

Er betonte, dass Moskau und Washington sich einen Tag vor dem Vorfall auf die Route und die Zusammensetzung der russischen Patrouille geeinigt hätten.

Am Mittwoch hatte auch der russische Generalstabschef Waleri Gerassimow mitgeteilt, dass die US-geführte internationale Anti-Terror-Koalition im Voraus über die Route des russischen Militärkonvois informiert worden sei.

Der Sprecher des US-amerikanischen Sicherheitsrates, John Ullyot, hatte seinerseits den russischen Militärs vorgeworfen, gegen die Regeln zur Verhinderung von Zwischenfällen in Syrien verstoßen zu haben. Ihm zufolge hat ein russisches Militärfahrzeug ein gepanzertes Auto der Koalition gerammt, was „zu Verletzungen der Besatzungsmitglieder, die sich im Wagen befanden, geführt hat“.

Laut Medienberichten hatte sich am 25. August ein Zwischenfall zwischen dem russischen Militärkonvoi und US-amerikanischen Soldaten im Nordosten Syriens ereignet. Als Folge sollen vier US-Soldaten Verletzungen erlitten haben.